

Die Internet-Revolution könnte die Gesellschaft spalten

Politik und Wirtschaft sind für einen effizienten und sozialverträglichen Wandel verantwortlich

GASTKOMMENTAR

Von Miriam Meckel

Das E ist die Zauberformel: E-Business, E-Commerce, E-Government – das sind seit Anfang der 90er Jahre die neuen Herausforderungen für Politik und Wirtschaft. Der Übergang zur informations- und wissensbasierten Gesellschaft durch die Medienrevolution ist grundlegender, als die schönen Begriffe vermuten lassen: Das Internet krempelt die Strukturen der Wirtschaft und des politischen Systems um – ob wir wollen oder nicht. Die Bürger müssen diese Entwicklungen mittragen, andernfalls finden sie in der Gesellschaft dauerhaft keinen Anschluss. Boris Beckers „Bin ich schon drin?“ wird zur Kernfrage einer funktionierenden Gesellschaft. Politik und Wirtschaft tragen einen wesentlichen Teil der Verantwortung dafür, dass dabei in den Industrieländern keine neuen Zwei-Klassen-Gesellschaften entstehen.

In den USA hat die National Telecommunications and Information Administration 1999 mit dem Bericht „Falling through the Net“ ein düsteres Zukunftsszenario entworfen: die digitale Spaltung der Gesellschaft. Und das Beratungsunternehmen Booz Allen & Hamilton sagt in seiner 2000-Studie voraus, dass in drei Jahren 20 Millionen Menschen in Großbritannien aus der Wissensgesellschaft ausgeschlossen sein werden.

Diese Prognosen zeigen, dass die Regierungen in vielen europäischen Ländern den Startschuss für den Aufbruch in das Internet-Zeitalter viel zu spät abgefeuert haben. In Deutschland hat zwar eine Enquete-Kommission den Weg in die Informationsgesellschaft sondiert, konkrete Aktionspläne ließen aber auf sich warten. Das Aktionsbündnis „D21“ deutscher Unternehmen setzt die richtigen Akzente. In anderen europäischen Ländern wie Schweden und Norwegen haben die Regierungen Mitte bis Ende der 90er weitreichende Ziele formuliert und in Strategiekonzepte umgesetzt – nach dem Vorbild der USA.

Doch Europa hat den Anschluss noch nicht gefunden. In den USA entfallen mehr als vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf die Informationstechnologie, in Westeuropa zweieinhalb Prozent. Die Hälfte der Amerikaner hat einen Computer zu Hause, in Westeuropa sind es 21 Prozent. Lediglich die skandinavischen Länder haben es geschafft, frühzeitig an der ökonomischen und sozialen Dynamik der Informationsgesellschaft teilzuhaben.

Um den Rückstand aufzuholen, sollte die Politik zwei Impulse geben. Zum einen müssen die Regierungen

schnell die Voraussetzungen für die Transformationsprozesse schaffen, die eine ganze Gesellschaft ins Internet-Zeitalter katapultieren werden.

Dabei geht es vor allem um drei Bedingungen: Verfügbarkeit, Verantwortung und Vertrauen. Der Zugang zum Internet muss für alle möglich werden, durch niedrige Gebühren oder zum Beispiel durch einen Fort-



15. Teil der Serie. Mit „Les Echos“, Frankreich, und „Expansion“, Spanien

schrittsfonds, in den Staat und Wirtschaft einzahlen, um für einzelne gesellschaftliche Gruppen die Computerausstattung zu subventionieren. Die Menschen müssen den verantwortlichen Umgang mit den neuen Technologien erlernen und Kompetenzen erlangen, mit denen die private und professionelle Nutzung des Netzes erst möglich wird. Nur so entsteht Vertrauen in die neue Technologie.

Zum anderen muss die Politik eine kreative und innovative Führungsrolle in der Ausgestaltung der Informationsgesellschaft besetzen. Der politische Prozess kann stärker ins Netz verlagert werden. Eine effiziente Online-Administration wird den Bürgern signalisieren, dass Technologien alltäglich Erleichterung bringen. Wer seine „Amtsgänge“ zum Einwohnermeldeamt per Mausclick erledigen kann, lässt sich

schnell von der Informationsgesellschaft überzeugen. Dafür müssen Politik und Verwaltung allerdings einen Sprung nach vorn vollziehen. Verwaiste und veraltete Homepages, unbeantwortete E-Mails oder gar Internet-Abstinenz sind bei Vertretern von Parteien und Ministerien noch durchaus üblich.

Politisches Management wird sich in Zukunft noch viel stärker über Kommunikation vollziehen. Das Internet symbolisiert den Netzwerkgedanken, den Politik und Verwaltung aufgreifen können: Keine neuen Abteilungen sind nötig, sondern die Verknüpfung bestehender Kompetenzen innerhalb der Ministerien. Keine neuen Funktionsträger, sondern Koordination durch einen unabhängigen Internet-Beauftragten nach Vorbild des britischen „E-Envoy“. Kein closed shop der Politik, sondern Interaktion mit Bürgern und Experten – das sind Schritte vom Steuerungsstaat zum aktivierenden Staat. Nur so kann die Politik ihren Anteil an einem Transformationsprozess ausgestalten, der effizient und sozial verträglich ist. Das Ziel? Ein weiteres E-Wort: E-Quality.

MIRIAM MECKEL ist Professorin für Kommunikationswissenschaft an der Universität Münster.

Anfang Juni findet in Berlin eine internationale Konferenz zum „Regieren im 21. Jahrhundert“ statt. Diese Serie greift die wichtigsten Themen heraus.